

**Gustave de Molinari**  
**DIE SOIREEN IN DER RUE SAINT-LAZARE (1849)**

*Die Gesprächspartner: Ein Konservativer (K) – Ein Sozialist (S) – Ein Ökonom (Ö).*

**Achter Abend**

*Beschränkungen des inneren Eigentums – Monopolisierte oder vom Staat subventionierte Industrien – Geldherstellung – Natur und Verwendung des Geldes – Warum ein Land sein Geld nicht erschöpfen kann – Verkehrswege – Sie werden vom Staat teuer und schlecht unterhalten – Briefbeförderung – Postmeister – Warum Eingriffe des Staates in die Produktion immer notwendigerweise abträglich sind – Subventionen und Privilegien der Theater – Öffentliche Bibliotheken – Subventionierung der Religionen – Das Bildungsmonopol und seine unheilvollen Folgen.*

Ö: Man beschränkt aber nicht nur das *äußere Eigentum*, sondern auch das Eigentum an der eigenen Person, ihren Fähigkeiten und Kräften, also das *innere Eigentum*.

Man verletzt das innere Eigentum, wenn man dem Menschen verbietet, seine Fähigkeiten so einzusetzen, wie es ihm gut dünkt; wenn man ihm sagt: Diesen Beruf darfst Du nicht ausüben oder, wenn Du ihn ausübst, wirst Du bestimmten Einschränkungen unterworfen und bist gehalten, bestimmte Regeln zu beachten. Dein natürliches Recht, Deine Fähigkeiten auf die nützlichste Art für Dich und die Deinen einzusetzen, wird beschränkt oder reglementiert. – In wessen Namen? – Im Namen des höheren Rechts der Gesellschaft. – Aber wenn ich durch den Einsatz meiner Fähigkeiten niemanden schädige? – Die Gesellschaft ist davon überzeugt, dass Du manche Gewerbe nicht frei ausüben kannst, ohne sie zu schädigen. – Und wenn die Gesellschaft sich da irrt? Wenn ich ihr, indem ich meine Fähigkeiten frei in irgendeinem Produktionszweig einsetze, keinen Schaden zufüge? – Nun, Pech für Dich! Die Gesellschaft kann sich nicht irren.

Fügt sich aber die Gesellschaft nicht selber einen Schaden zu, wenn sie sich derart irrt? Haben die Vorschriften, die die Tätigkeit des Produzenten behindern, nicht unvermeidlich und sicher das Ergebnis, die Produktion zu verringern und damit die Preise zu erhöhen? Wenn ein Gewerbe – neben anderen, die davon verschont werden – reguliert und drangsaliert wird, wendet man sich dann diesen nicht verstärkt zu? Oder wenn man sich entschließt, ein reguliertes Gewerbe auszuüben, wälzt man dann nicht einen Teil der Last der Drangsal und der Verordnungen auf die Verbraucher über?

Lassen wir die Regierungen beiseite, wo sämtliche Gewerbe reguliert wurden, und die, wo kein Arbeiter frei über seine Fähigkeiten verfügen darf und die Arbeit versklavt ist. Gott sei Dank werden solche Missgeburten langsam seltener. Beschäftigen wir uns nur mit solchen Zwitterherrschaften, wo einige Gewerbe frei, andere reguliert, wieder andere völlig vom Staat an sich gerissen wurden.

Das sind auch die traurigen Verhältnisse, wie sie gerade in Frankreich herrschen.

K: Sie behaupten, dass die Regierung die Gesellschaft schädigt, indem sie einige Produktionszweige reglementiert und andere Gewerbe selbst ausübt?

Ö: Das behaupte ich. Jede Reglementierung verursacht ebenso wie jedes Monopol direkt oder indirekt eine Preiserhöhung, mithin eine Produktionsabnahme.

Die Regierung stellt teurer und schlechter her als ein Privatmann; hauptsächlich deswegen, weil sie, wenn auch nicht in den Einzelheiten, dann wenigstens in der großen Richtung, das wirtschaftliche Prinzip der Arbeitsteilung verkennt; zweitens, weil sie das wirtschaftliche

Prinzip des freien Wettbewerbs verkennt, wenn sie sich, direkt oder indirekt, das Monopol an einem Gewerbe zuspricht.

K: Also prägt die Regierung Münzen, baut Straßen und Eisenbahnen, verbreitet Bildung teurer und schlechter, als es Privatleute tun würden?

Ö: Ohne jeden Zweifel.

K: Sogar das Geld!

Ö: Das Geld wie jede andere Ware.

K: Ist denn das Prägen von Münzen kein Vorrecht der Staatsgewalt?

Ö: Nicht mehr als Nägel oder Gamaschenknöpfe herzustellen. Warum soll die Münzherstellung ein Vorrecht der Staatsgewalt sein? Was ist denn Geld? Ein Mittel, mit dessen Hilfe ein Tausch von Werten stattfindet ...

S: Es gibt direkte Tauschhandlungen. Aber eine Vielzahl der Tauschhandlungen findet auch mit Papier statt.

Ö: Es gibt sogar recht wenige direkte Tausche; es werden sogar immer weniger, je mehr sich die Arbeitsteilung ausbreitet. Ein Mensch, der sein Leben damit verbringt, den zehnten Teil einer Nadel herzustellen könnte dieses Ergebnis nicht direkt gegen Dinge tauschen, die er braucht. Er muß es zunächst gegen ein Zwischengut eintauschen, das sich immer leicht gegen alle anderen Dinge eintauschen lässt. Dieses Zwischengut muß haltbar, leicht teil- und transportierbar sein. Verschiedene Metalle – Gold, Silber, Kupfer – vereinigen diese Eigenschaften in unterschiedlichem Ausmaß in sich. Das ist der Grund, warum man aus ihnen die Tauschmittel, das Geld gemacht hat.

Was das Papier angeht kann es auch die Rolle des Geldes erfüllen, aber nur, wenn es einen vorhandenen, bereits geschaffenen, in einem vorhandenen Ding vergegenständlichten und verfügbaren Wert darstellt, der als Geld dienen kann.

K: Das verstehen ja leider die Anhänger des Papiergeldes nicht.

Ö: Aber Sie machen mir ja selbst den Eindruck, keine ganz richtige Vorstellung vom Geld zu haben, wenn Sie sagen, dass die Herstellung dieses Tauschmittels ein Vorrecht der Staatsgewalt sein soll. Ein Stück Gold oder Silber hat seinen Wert nicht deshalb, weil ein Herrscher sein Abbild darauf gedrückt hat, sondern weil es eine bestimmte Arbeitsmenge *enthält*.<sup>1</sup> Dabei kommt es kaum darauf an, ob es von einer Regierung oder einem Privatmann hergestellt oder geprägt wurde. Nein, ich irre mich! Die Privatleute würden es sogar besser und billiger herstellen; sie würden sich auch mehr darum kümmern, den Markt mit dem Satz an Münzen zu versorgen, die er für die Zwecke des Umlaufs benötigt. Wenn außerdem die Münzherstellung von vornherein bei Privatleuten gelegen hätte, wären Verschlechterungen seltener gewesen.<sup>2</sup>

S: Wie können Sie das wissen?

Ö: Da früher die Fälschungen gerade von denen vorgenommen wurden, die das *ausschließliche Recht* besaßen, allen möglichen Räubereien und Betrugereien Einhalt zu tun, blieben jene zwangsläufig straflos. Wobei man hinzufügen muß, dass die Leute auch keine Möglichkeit hatten, sich dem zu entziehen, da die Herrscher sich auch das ausschließliche Recht zuschanzten, Geld zu schlagen.

Wäre die Geldherstellung frei geblieben, hätten Privatleute sich ihr wie jedem anderen Gewerbe zugewandt, das einen Gewinn verspricht.

K: Kann denn die Geldherstellung einen Gewinn abwerfen?

Ö: Wie jede andere Herstellung. In Frankreich lässt sich die Regierung für die Prägung von einem Kilo Silber drei Franken bezahlen, für ein Kilo Gold neun Franken. Das deckt ungefähr die Herstellungskosten. In England ist das Ausmünzen umsonst.

K: Aha! Finden Sie mir doch bitte einen Privatmann, der damit einverstanden ist, umsonst zu arbeiten!

Ö: Hüten Sie sich doch bitte vor den Wörtern *umsonst*, *unentgeltlich*, *Unentgeltlichkeit*. Nichts, das Arbeit erfordert, ist unentgeltlich; es gibt nur unterschiedliche Arten, die Arbeit zu entlohnen. In Frankreich bezahlen die Geldverwender die Herstellung direkt; in England zahlen die Steuerzahler sie indirekt durch Steuern.

Welche dieser beiden Arten, eine Arbeit zu entlohnen ist wirtschaftlicher und gerechter? Eindeutig die erste. Lassen Sie die Geldherstellung in Frankreich z.B. jährlich eine Million kosten. Diejenigen Privatleute, die die Barren in Münzen prägen lassen, bezahlen diese Million direkt. Wäre das Prägen *unentgeltlich* wie in England, würden die Herstellungskosten vom Steuerzahler getragen. Doch das Steuereintreiben gibt es auch nicht umsonst; in Frankreich belaufen sich diese Kosten auf 13% des eingenommenen Betrags. Wäre also unser Geld *unentgeltlich* zu haben, würde uns das nicht eine Million, sondern 1,13 Million Franken kosten.

So sieht die Wirtschaft der Unentgeltlichkeit aus.

Nun zur Gerechtigkeit der unentgeltlichen Herstellung. Wer soll eine Ware bezahlen? Doch der, der sie gebraucht, oder? – Wer soll demnach die Herstellungskosten des Geldes bezahlen? Diejenigen, die die Münzen verwenden.

K: Aber jeder verwendet sie doch.

Ö: Mit dem Unterschied, dass sich einige, die Reichsten nämlich, ihrer viel bedienen; und andere, die Ärmsten, sie wenig benutzen. Wird das Münzen direkt bezahlt, tragen die Verwender der Münzen die Kosten dafür im Verhältnis ihres Verbrauchs; wird sie indirekt bezahlt, weil sie *unentgeltlich* ist, wird sie von jedem bezahlt, von den Kleinverbrauchern ebenso wie von den großen, bisweilen von den einen sogar mehr als von den anderen. Das hängt von der Veranlagung der Steuern ab. Ist das gerecht?

Prägt die Regierung unentgeltlich Geld, steigen die Münzherstellungskosten auf einen Höchstbetrag; selbst wenn sie sich das Prägen direkt bezahlen lässt, ist es immer noch teurer als bei einem Privatbetrieb, weil sie sich nicht ausschließlich mit der Münzherstellung befasst.

Hätte man die Münzprägung sich selbst überlassen, würde sie wahrscheinlich von großen Goldschmiedehäusern ausgeführt. Da bei derartigen Verhältnissen die Verbraucher das Geld von Falschmünzern ablehnen und ihnen darüber hinaus abschreckende Strafen auferlegt werden könnten, käme Falschmünzerei äußerst selten vor.

S: Könnten Ihre freien Fabrikanten sich aber nicht zusammentun, um weniger Geld herzustellen als der Bedarf erfordert, und damit auf Kosten der Allgemeinheit riesige Gewinne einfahren?

K: Nein. Erst einmal, weil man sich mangels Münzen notfalls auch mit Barren behelfen kann; dann, weil der freie Wettbewerb nicht zögern wird, auch die stärksten Vereinigungen aufzubrechen. Wird das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage gestört, treten sogleich Gewinnspannen auf, so dass sich der Wettbewerb einmischt. Irgendjemand außerhalb des Kartells wird die Produktion aufnehmen und der Preis wieder auf die Herstellungskosten sinken.

S: Ach! Immer dasselbe Gesetz.

Ö: Immer wieder. Und dieses Gesetz erklärt auch, wieso einem Land auch niemals *das Geld ausgehen* würde. Steigt nämlich der Bedarf an umlaufenden Münzen über die Versorgung mit ihnen hinaus, steigt der Edelmetallpreis *überdurchschnittlich*. Damit hört die Ausfuhr von Barren auf; es wird im Gegenteil sogar vorteilhaft, sie einzuführen, bis das Gleichgewicht wieder hergestellt ist.

S: Damit zerstören Sie eines der Hauptargumente der Protektionisten.

Doch noch ein Einwand. Wäre die Münzherstellung freigegeben, würde sich dann auch eine Münzeinheit herausbilden? Würde nicht jeder Hersteller seine besonderen Münzen prägen? Man würde sich überhaupt nicht mehr auskennen.

Ö: Es gibt tausende Kaliko-Hersteller, und doch nur eine geringe Zahl von Kaliko-Sorten.

In Manchester nähen zwanzig oder dreißig Hersteller Stücke gleicher Größe und Güte. Dasselbe träfe auch auf Münzen zu; man würde nur solche Münzen schlagen, deren Verwendung die Leute bequem und vorteilhaft finden. Wollten sich alle derselben Münzen bedienen, käme man natürlicherweise auf eine feste Münzeinheit. Zögen sie aber Münzen in unterschiedlichen Maßeinheiten vor, die an ihre Gewohnheiten und besonderen Bedürfnisse angepasst sind, warum, bitte ich Sie, sollte man sich dann einfallen lassen, ihnen eine Geldeinheit vorzuschreiben?

S: Damit könnten Sie wohl recht haben. Ich begreife bis zu einem gewissen Punkt, dass man die Münzherstellung privaten Herstellern überlassen kann. Die Fabrikanten können sich wirklich einen Wettbewerb liefern, der die Errichtung eines Monopols unmöglich macht. Aber gilt das gleiche auch für all die Industrien, die die Regierung an sich gerissen hat? Stellen nicht z.B. die Verbindungswege ein natürliches Monopol dar?

Ö: Es gibt keine natürlichen Monopole. Wie könnten denn die Erbauer und Betreiber von Verbindungswegen Monopolgewinne erzielen? Indem sie den Preis für die Beförderung über die Produktionskosten anheben. Aber sobald der Preis diese übersteigt, wird die Konkurrenz angezogen ...

S: Also würden von einem Punkt zum anderen zwei oder drei Straßen parallel gebaut?

Ö: Das wäre nicht nötig. Der Wettbewerb der Verbindungswege, insbesondere der verbesserten wie Eisenbahn, Kanäle usw., spielt sich auf einer größeren Fläche ab. Erhöht beispielsweise die Eisenbahn von Le Havre nach Straßburg ihre Transportkosten, verlagert sich sogleich die Beförderung von Personen und Gütern für Mitteleuropa nach Anvers oder Amsterdam. Bei den dazwischen liegenden Punkten besteht Wettbewerb zwischen Kanälen, Flüssen oder ungefähr parallelen Abschnitten oder gewöhnliche Straßen; ein Wettbewerb, der bei einem Versuch, ein Monopol zu errichten, noch stärker wird – unter der Bedingung, wohlgemerkt, dass der Wettbewerb unbeschränkt bleibt.

Dann nämlich kann der Transportpreis niemals lange die Herstellungskosten übersteigen.

Und ich denke, Sie werden mir leicht zustimmen, dass die Wege privat besser und billiger gebaut und betrieben werden als von Regierungen. Vergleichen Sie nur die Wege in England mit den französischen.

S: Diese Tatsache kann man nicht bestreiten. Aber kommt es nicht auch darauf an, dass der Verkehr frei und unentgeltlich bleibt?

Ö: Haben wir das Geheimnis der Unentgeltlichkeit bereits behandelt? Haben Sie vergessen, dass welche Ware auch immer – Geld, Ausbildung, Verkehr – nicht *unentgeltlich* von der Regierung bereitgestellt werden kann, es sei denn, sie wird vom Steuerzahler bezahlt? Haben Sie vergessen, dass er für die Ware in diesem Fall nicht nur die Produktionskosten zahlt, sondern auch die Kosten für die Eintreibung der Steuer? Wären also unsere Straßen nicht

unentgeltlich, würden sie von denen bezahlt, die sie benutzen, in welchem Ausmaß sie sie benutzen, und noch dazu billiger.

Was für die großen Straßen gilt, gilt ebenso für die kleinen. Diese Regierungen im Kleinen, die man Départements oder Kommunen nennt, bauen Straßen auf eigene Kosten, wenn auch mit Zustimmung der Zentralregierung. Diese Straßen werden von der Mehrheit der Kommunal- oder Départementsräte beschlossen und auf Kosten aller Steuerzahler gebaut und betrieben. Unter der Monarchie, als nur reiche Steuerzahler eine Stimme in den Kommunal- und Départementsräten hatten, mußten die armen Bauern für einen Großteil der festgesetzten Arbeiten aufkommen – zu wessen Nutzen? Darüber nachzudenken überlasse ich Ihnen. Der Frondienst des alten Staatswesens ist wiederauferstanden unter dem wohlklingenden Namen der Leistung in Naturalien.

Das einzige Mittel, um dieser anstößigen Ungerechtigkeit Einhalt zu tun ist, der Privatindustrie die großen und kleinen Verkehrswege sowie alle Arten des Transports zu überlassen.

K: Ohne die Briefzustellung auszunehmen?

Ö: Ohne die Briefzustellung auszunehmen.

S: Nicht möglich!

Ö: Die Post war nicht immer in der Hand der Regierung. Vor der 89er Revolution war die Briefbeförderung an Privatunternehmen verpachtet. 1788 erbrachten diese Lehen dem Staat 12 Millionen. Aber wie Sie sich vorstellen können war das Briefporto sehr hoch. Die großen Pächter verstanden es, den passenden Beamten, die für Verhandlung und Beschluß der Tarife zuständig waren, Schmiergelder zukommen zu lassen. Sie erblühten unter diesen Verhältnissen. Aber die Öffentlichkeit zahlte für ihren Schmerbauch.

Was war zu tun, um dem schreienden Missbrauch dieses Pachtsystems abzuhelpfen? Man mußte den Postdienst nur ganz einfach dem freien Wettbewerb überlassen. Die Briefbeförderung wäre nach der Neuordnung sofort auf den niedrigstmöglichen Preis gefallen. Man zog es vor, die Post wieder in die Hände des Staats fallen zu lassen. Die Öffentlichkeit gewann damit nichts, im Gegenteil! Die Briefzustellung kostete weiter hin viel und wurde dazu noch unsicherer. Sie wissen genau, dass sich der Vertrauensmissbrauch und Veruntreuungen bei der Post erschreckend vermehrt haben.

K: Das ist leider nur zu wahr.

Ö: Seit langem schon maßt sich die Regierung außerdem das Recht an, das Postgeheimnis zu verletzen. Es ist nicht lange her, dass das „schwarze Kabinett“<sup>3</sup> abgeschafft wurde und niemand behauptet, dass es heute noch weiterbesteht. Das Schlimmste ist, dass man sich diesen Risiken und Erpressungen nicht entziehen kann. Es ist Privatleuten strengstens untersagt, Briefe zu befördern. Der „Schmuggel“ von Briefschaften ist schweren Strafen unterworfen.

S: Welche Barbarei!

Ö: Da sehen Sie die Vorteile des Kommunismus ... Wäre die Briefbeförderung unbeschränkt, könnten Sie den Beförderer für Beschädigung oder Raub Ihrer Korrespondenz verantwortlich machen. Mit dem kommunistischen Monopol der Regierung ist das alles nicht durchführbar. Sie sind der Willkür der Verwaltung preisgegeben.

S: Wenigstens hat eine Reform des Postwesens stattgefunden.

Ö: Ja, aber die Postreform hat einen Missbrauch nur durch einen anderen ersetzt. In England hat sie für einige Jahre einen beträchtliche Einnahmenverlust bewirkt; man hatte die Gebühren derart herabgesetzt, dass nun die Hälfte der Transportkosten zu Lasten der

Steuerzahler ging. Es bestand also eine *halbe Unentgeltlichkeit*. Ist es aber nicht gerecht, dass die Kosten eines Briefwechsels von den Briefschreibern getragen werden sollen? Warum soll ein leseunkundiger Bauer, der in seinem ganzen Leben Briefe weder schreibt noch empfängt, das Porto für die schweren Sendschreiben Turcarets<sup>4</sup> oder die Liebesbriefchen seines Nachbarn Lovelace<sup>5</sup> zahlen? Gibt es einen ungerechteren und widerwärtigeren Kommunismus als diesen?

Soll ich von den Vorrechten der Pferdepost sprechen? Früher verfügten die von Ludwig XI. eingesetzten Postmeister über das Beförderungsmonopol für Passagiere. Nach und nach waren sie gezwungen, dieses mit den *königlichen* Postwagen zu teilen und am Ende auch den freien Unternehmen einen Platz einzuräumen. Aber auf ihre drängenden Beschwerden hin zwang man die neuen Unternehmer, den Meistern an den Wechselstationen – deren Pferde sie nicht verwendeten! – eine „Entschädigung“ von 25 Centimes je Station und angespanntem Pferd zu zahlen (Gesetz vom 15. Ventôse XIII). Die Entschädigung belief sich auf 6 Mio. im Jahr. Doch nun verringerten die Eisenbahnen beträchtlich diesen ungerechten Gewinn. Es erhob sich wieder großes Geschrei bei den Postmeistern. Nun wollten sie, daß die Eisenbahngesellschaften sie subventionierten. Die Gesellschaften erhoben Einspruch. Die Sache ist noch anhängig.<sup>6</sup>

Zur Entlastung der Postmeister muß gesagt werden, dass Vorschriften aus der Zeit von Ludwig XI. sie immer noch nötigen, Wechselferde ständig an Orten bereit zu halten, wo Wechselstationen vollkommen sinnlos sind. Aber bleibt es nicht verrückt, einem Gewerbe, das nicht mehr gebraucht wird, auf Kosten einer Industrie, die benötigt wird, ein Ruhegehalt zu zahlen? Ist es nicht gleichzeitig absurd und unnatürlich, die Unternehmer von Eilposten zu verpflichten, den müßigen Pferden der Postmeister eine Rente zu zahlen?

S: Das ist tatsächlich absurd und unnatürlich. Aber wenn Regierung, Départements und Kommunen vollständig aufhören würden, in das Transportgewerbe, den Bau von Landstraßen, Kanälen, Brücken und städtischen Straßen einzugreifen, Verbindungen zwischen den Landesteilen herzustellen und darauf zu achten, dass sie instandgehalten werden – würden die Privaten diese unentbehrliche Aufgabe übernehmen?

Ö: Glauben Sie, dass ein in die Luft geworfener Stein am Ende wieder zur Erde fällt?

S: Das ist ein Naturgesetz!

Ö: Nun also! Ebenso ist es ein Naturgesetz, dass alle brauchbaren Dinge – Straßen, Brücken, Kanäle, Brot, Fleisch usw. – hergestellt werden, sobald die Gesellschaft ihrer bedarf. Wird eine nützliche Sache *nachgefragt*, besteht eine natürliche Neigung zur Herstellung dieser Sache mit einer Energie, die der des fallenden Steins *gleichkommt*.

Wird ein nützlicher Gegenstand nachgefragt, ohne bisher hergestellt worden zu sein, wächst der gedachte Preis – der Preis, den er hätte, wenn er hergestellt worden wäre – überdurchschnittlich, solange die Nachfrage durchschnittlich wächst.<sup>a</sup> Zu einem bestimmten Zeitpunkt ist der Preis hoch genug, um alle Umgebungswiderstände zu überwinden, und die Herstellung beginnt.

Da dies so ist, kann sich die Regierung nicht in irgendeine Angelegenheit der Herstellung einmischen, ohne der Gesellschaft Schaden zuzufügen.

Stellt sie eine nützliche Sache her, nachdem Privatleute sie hergestellt hätten, schädigt sie die Gesellschaft, indem sie sie ihr in der Zwischenzeit entzieht.

Stellt sie sie zum selben Zeitpunkt her, zu dem auch Privatleute sie hergestellt hätten, schädigt sie die Gesellschaft, weil sie sie teurer herstellt als diese.

---

<sup>a</sup> Siehe die Unterhaltung am sechsten Abend.

Stellt sie sie jedoch früher her, als auch Privatleute sie hergestellt hätten, wird die Gesellschaft ebenso geschädigt ... sie schreien auf? Ich werde es Ihnen beweisen.

Womit stellt man etwas her? Mit gegenwärtiger Arbeit und früherer Arbeit, d.h. Kapital. Wie besorgt sich ein Privatmann, der einen neuen Geschäftszweig aufbauen will, Arbeit und Kapital? Indem er sich Arbeiter und Kapital dort sucht, wo diese Produktionsfaktoren gerade am wenigsten gebraucht und daher am geringsten bezahlt werden.

Wird ein neues Produkt weniger nachgefragt als die alten und kann man daher die Herstellungskosten noch nicht decken, halten sich Privatleute damit noch vorsichtig zurück. Sie beginnen mit der Produktion nicht eher als sie sicher sein können, ihre Kosten decken zu können.

Woher nimmt die Regierung, die ihnen zuvorkommt, die benötigte Arbeit und das Kapital? Da, wo es sich auch die Privaten beschafft hätten: aus der Gesellschaft. Lenkt nicht aber die Regierung, wenn sie eine Fertigung aufnimmt, bevor sie ihre Kosten decken kann oder der natürliche Gewinn dieses Unternehmens wenigstens dem der vorhandenen Gewerbe gleichkommt, Arbeit und Kapital von nützlicheren Unternehmungen ab? Verarmt sie damit nicht die Gesellschaft anstatt sie zu bereichern?

Zum Beispiel hat die Regierung zu früh damit begonnen, Kanäle zu bauen, die durch wüste Gegenden führen. Die Arbeit und das Kapital für den Bau, der nach einem Vierteljahrhundert immer noch nicht abgeschlossen ist, wären sicher dort besser eingesetzt worden, woher man sie genommen hat. Dagegen hat sie zu spät damit begonnen, Telegraphen aufzustellen, und ihre Zahl nicht genug erhöht, nachdem sie sich das Monopol oder das Überlassungsrecht dazu vorbehalten hat. Wir haben heute nur zwei oder drei elektrische Telegraphenleitungen, und sie werden immer noch ausschließlich von der Regierung und den Eisenbahnen benutzt. In den Vereinigten Staaten, wo diese Branche frei ist, haben sich die Telegraphen unendlich vermehrt und werden von allen genutzt.

S: Ich lasse diese Argumentation für die rein dinglichen Gewerbe gelten; aber ich denke, dass Sie gezwungen sein werden, zuzugeben, dass sich die Regierung ein wenig um die geistige und moralische Entwicklung der Gesellschaft kümmern muß. Hat sie nicht das Recht – was sage ich?: die Pflicht, Künsten, Literatur und Bildung eine gesunde Richtung aufzuprägen und die Gottesdienste einzugreifen? Kann sie diese edlen Zweige der Produktion überhaupt den Winden der privaten Spekulation<sup>7</sup> überlassen?

Ö: Zweifellos hätte sie das Recht und müsste ihre Pflicht erfüllen, wenn ihr Eingriff in diese Produktionsbereiche nicht in jedem Fall *notwendigerweise* so schädlich wäre wie überall sonst.

Zum Beispiel bei den schönen Künsten: Die Regierung bezahlt gewisse Menschen und unterstützt gewisse Theater. Ich habe Ihnen ja bereits gezeigt, dass die Schriftsteller leicht ohne die geringe Unterstützung auskämen, die man ihnen zugesteht, wenn ihr Eigentumsrecht vollkommen anerkannt und respektiert würde.

Die den Theatern gezahlten Subventionen sind eine der schreiendsten und anstößigsten Missbräuche unserer Zeit.

K: Dutzendweise ist nachgewiesen worden, dass das Théâtre Français und die Oper ohne Zuschüsse nicht betrieben werden könnte. Wollen Sie vielleicht zufällig, dass man die beiden abschaffe?

Ö: Zunächst einmal: Fällt Ihnen auf, welche tiefe Ungerechtigkeit sich unter dieser Subventionswirtschaft versteckt? Der Staat gibt jährlich mehr als 2 Mio. aus, um zwei oder drei Theater zu unterstützen. Dies sind genau die Theater, die von dem wohlhabendsten Teil der Pariser Bourgeoisie besucht werden. Wer aber zahlt die zwei Millionen? Alle

Steuerzahler, der arme niederbretonische Bauer, der in seinem Leben einen Theatersaal betreten hat noch betreten wird, ebenso wie der reiche Stammgast des Opernorchesters. Heißt das Gerechtigkeit? Ist es gerecht, wenn der arme Arbeiter, der sein Leben über den Griff seines Pflugs gebeugt verbringt, gezwungen wird, die Lustbarkeiten des reichen Pariser Bourgeois zu bezahlen?

S: Das ist doch Ausbeutung!

K: Aber noch einmal, hätten Sie lieber, dass es weder die Oper noch das Théâtre Français gäbe? Was ist mit dem Nutzen des Ruhms unserer Nation?

Ö: Als Ludwig der XIV. sein Volk mit Steuern überlastete, um sein kaltes und klägliches Schloß in Versailles zu bauen; als er die armseligen Landbewohner dazu zwang, sich von Gräsern zu ernähren, um die Prunkfeste seines Hofes bezahlen zu können, berief er sich da nicht auch auf Frankreichs Gloria? Der Ruhm! Woraus besteht er Ihrer Meinung nach?

K: Aus den großen Errungenschaften eines Volks.

Ö: Nichts ist größer, nichts ist strahlender als die Gerechtigkeit. Das Jahrhundert, in dem man aufhört, die große Menge zugunsten einer Minderheit, zu berauben, in dem die Gerechtigkeit das höchste Gesetz der Gesellschaft würde, wäre das größte aller Jahrhunderte.

Doch ich glaube nicht, dass die Theater Subventionen benötigen; ich bin im Gegenteil davon überzeugt, dass sie ihnen schaden. Subventionierte Theater erfüllen ihre Aufgaben am schlechtesten. Warum? Das werde ich Ihnen gleich sagen.

Halten wir zunächst fest, dass ihnen ein Teil der Subventionen auf verschiedene Arten gleich wieder genommen wird. Ein subventioniertes Theater muß Ministern, einflußreichen Vertretern und einer Unzahl von Mitgliedern der gehobenen oder niederen öffentlichen Verwaltung freien Eintritt gewähren. Also dient die Subvention zuerst dazu, einer Unmenge von Leuten das Vergnügen eines kostenlosen Theaterbesuchs zu gewähren, ...

S: ... die sich ihren Platz sehr gut auch selber leisten könnten.

Ö: Wenigstens viel besser als die, die ihn ihnen bezahlen. Zweitens dienen die Subventionen dazu, die bedenkenlosesten Direktoren zu bereichern. Hat ein Theater einen Verlust von 50.000 Franken, fordert der Direktor 150.000 als Subvention. Man gewährt sie ihm. Er deckt den Fehlbetrag, verlässt seinen Posten und erfreut sich von da ab friedlich seiner Staatsrente.

Subventionierte Theater haben ständig Verluste. Ist das wegen oder trotz der Subventionen? Urteilen Sie selbst.

Eine freies Unternehmen ist dagegen gezwungen, *alle* seine Kosten zu tragen. Um dies zu erreichen, unternimmt es großartige Anstrengungen. Es verbessert die Güte seiner Ware, senkt den Preis und erfindet täglich neue Wege, um Kunden zu gewinnen. Für sie ist das eine Frage von Leben und Tod. Ein staatlich geschütztes und subventioniertes Unternehmen leistet diese Arbeit dagegen nicht. Da sein Überleben gesichert ist, auch wenn sich seine gesamte Kundschaft verabschieden würde, auch wenn sich sein Fehlbetrag auf die Höhe seiner Kosten belaufen würde, macht es es sich natürlich gegenüber der Öffentlichkeit leicht. – Würde Tortoni für sein Eis Subventionen von der Regierung erhalten, würde er sich dann immer noch so viel Mühe geben, um sein Geschäft zu betreiben? Würden uns seine Eissorten nicht am Ende so schrecklich bekommen wie manche Theaterstücke, und würden die Kunden als Liebhaber guten Eises nicht in Strömen seinen Laden verlassen? Da sehen Sie, wozu die der nationalen Eisindustrie zugestandenen Subventionen führen würden.

Noch schlimmer als Subventionen sind aber die Privilegien. Das Theaterwesen ist in Frankreich nicht frei. Es steht nicht jedem, der daherkommt, frei, ein Theater zu eröffnen, nicht einmal eines, das dem nahe käme. Als kürzlich die lyrischen Cafés populär zu werden

begannen, erhoben sich die privilegierten Theater dagegen. Gemeinsam kamen die Direktoren darum ein, diese Konkurrenz zu verbieten. Der Minister weigerte sich, der Petition stattzugeben; doch er verbot den lyrischen Cafés, 1. Theaterstücke zu spielen und 2. ihre Sänger zu *kostümieren*. Ist das nicht ein Erlaß aus dem Mittelalter?

K: Ich gestehe, dass das lächerlich ist.

Ö: Dies geschah im Jahr 1849 bei dem geistvollsten Volk der Erde. Dennoch sind die Direktoren auch wieder nicht ganz schuld. Sie gehorchen den Notwendigkeiten, die das Privileg erst geschaffen hat.

Der Bestand eines Privilegs ist seinem Wesen nach unsicher. Alle Privilegien bestehen nur für eine gewisse Zeit. Die erste Bedingung für jede wirtschaftliche Tätigkeit ist nun aber das sichere und unbeschränkte Besitzrecht. In jedem Gewerbe gibt es allgemeine Kosten, wie die für den Bau, die Verbesserung und Verschönerung von Betriebsstätten, die nur über eine lange Zeit hinweg gedeckt werden können. Können diese Kosten über einen langen Betriebszeitraum verteilt werden, werden sie ziemlich geringfügig. Müssen sie jedoch auf einen kurzen Zeitraum umgelegt werden, erhöhen sich damit erheblich die Stückkosten. Kann man etwas nur zeitweilig nutzen, nimmt man so wenige solcher Kosten wie möglich auf sich. Wenige Säle sind so schlecht gebaut und werden so schlecht unterhalten wie die Vorführungssäle in Paris. Und doch belasten die Verschönerungskosten die Haushalte der Direktoren schwer.

Darüber hinaus haben Theater wie jedes andere Gewerbe im Jahresverlauf auch gute und schlechte Zeiten. In der freien Wirtschaft arbeitet man in schlechten Zeiten weniger als in guten, um keine Verluste zu machen. Die Theater sind gezwungen, zu jeder Zeit zu arbeiten, ob sie dabei Gewinn machen oder nicht. Das ist eine ausdrückliche Voraussetzung ihres Privilegs.

S: Was für ein unbegreiflicher Widersinn!

Ö: Ihre Produktionskosten erhöhen sich daher um die Summe, die sie in der schlechten Zeit zu verlieren gezwungen sind. Rechnen Sie eine übertrieben hohe Abgabe zugunsten von Wohltätigkeitseinrichtungen dazu, und Sie werden einsehen, dass der Preis für die Aufführungen viel zu hoch ist.<sup>b</sup> Sie werden dann auch verstehen, warum die Direktoren ihre Konkurrenten mit solcher Erbitterung verfolgen.

Wäre das Theaterwesen dagegen frei, könnte man die Bau- und Unterhaltskosten der Säle auf eine unbegrenzte Zeitdauer umlegen. Auch könnte man die Produktionen immer an die Forderung der Verbraucher anpassen. In der guten Saison würde man viel, in der schlechten wenig spielen. Dadurch würden die Produktionskosten auf ihren niedrigsten Stand fallen, und der Wettbewerber würde es übernehmen, den Preis auf der Höhe der Produktionskosten zu halten. Die Senkung der Preise würde den Konsum und damit die Produktion steigern. Es gäbe mehr Theater, mehr Schauspieler, mehr Autoren.

K: Würde die Kunst nicht durch ihre Gemeinverständlichkeit leiden?

Ö: Ich bin überzeugt, dass sie sich im Gegenteil steigern und verbreitern wird. Jedes Mal, wenn sich eine Produktion entwickelt, verbessert sie sich auch. Heute beklagt man sich, dass das Drama dahinsiecht und nachlässt. Vertrauen Sie sie der Freiheit an, und sie erhebt sich und wird wieder lebendig.

---

<sup>b</sup> Dafür erheben die Schauspielere direktoren in den Départements und den Pariser Vororten auf die Vorführungen von Gauklern, Jongleuren usw. eine Abgabe von einem Fünftel der Bruttoeinnahmen. Diese Vergünstigungen der Armen werden zugunsten der Reichen besteuert. Sehen Sie, wie weit es mit der Gleichheit unter einer monarchischen Herrschaft her ist.

Was für die Theater gilt, gilt ebenso für die Büchereien, Museen, Ausstellungen und Akademien.

S: Wie? Sie wollen, dass der Staat aufhört, der Öffentlichkeit kostenlos seine Bibliotheken zu öffnen?

Ö: Ich bin der Meinung, dass es zum Wohl der Verbreitung der Aufklärung notwendig ist, die öffentlichen Büchereien zu schließen.

K: Nein, der Widerspruch ist zu stark. Am Ende empöre ich mich doch.

Ö: Empören Sie sich, aber hören Sie. Dem Staat gehören eine Anzahl Büchereien. Einige davon öffnet die Regierung kostenlos den Bürgern. Beachten Sie, dass er sie nicht alle öffnet. Einige Bibliotheken sind nur Vorwände für die Bibliothekare. Die Ausgaben für die Führung der öffentlichen Bibliotheken einschließlich der Erhaltung der Gebäude betragen jährlich mehr als eine Million. Das bedeutet, dass alle Steuerzahler veranlagt und besteuert werden, damit einige kostenlos zum Studium oder Lesen in die Nationalbibliothek, die Bibliothèque Mazarine und anderswohin gehen können. Würden alle öffentlichen Büchereien privat betrieben, würde man erst einmal die Kosten für die Steuereintreibung sparen. Die Benutzer der Bücher würden danach eine geringere Summe bezahlen als die, die heute das ganze Volk aufbringt.

K: Ja, doch sie würden etwas zahlen, und heute zahlen sie nichts. Ist nicht eine Ökonomie hassenswert, die darin besteht, bei den Wissenschaften zu knausern?

Ö: Das ist wirklich eine abscheuliche Ökonomie. Aber untersuchen Sie wohl, ich bitte Sie, wie die Million eingesetzt wird, die die Steuerzahler den Bücherlesern jährlich zum Geschenk machen. Prüfen Sie irgendeinen Privatbetrieb in Frankreich, und wenn Sie auch nur einen finden, der so schlecht verwaltet wird wie z.B. die Nationalbibliothek, oder einen, der sein Vermögen so schlecht nutzt und dabei der Öffentlichkeit so wenig dient wie sie, dann gebe ich mich geschlagen.

S: Eins ist sicher: Die Leistungen der Nationalbibliothek sind elend schlecht organisiert. Es gibt in Frankreich kein einziges Unternehmen, das nicht jedes Jahr Inventur hält. Die Bibliothek hat das bis heute nicht geschafft. Ihr Katalog, der vor unausdenklichen Zeiten begonnen wurde, ist immer noch nicht fertig. – Doch man könnte diese große nationale Einrichtung einfach besser verwalten.

Ö: Das denke ich nicht. Solange sie in dem ausgedehnten Staatskommunismus eingeschlossen ist, kann sie auch nicht besser geführt werden.

Also führt die kommunistische Verwaltung der öffentlichen Bibliotheken in Wirklichkeit dazu, dass der Öffentlichkeit der größte Teil des Schatzes der Wissenschaften entzogen wird. Legen Sie das Kapital in die Hände der Privatwirtschaft, und Sie werden sehen, was sie daraus zu machen wüsste; wie leicht und schnell die wissenschaftlichen Kostbarkeiten zugänglich würden, die heute so langsam und schwer erhältlich sind. Man würde nicht mehr lange Stunden und oft lange Tage damit verbringen, vergeblich auf ein Buch oder eine Handschrift zu warten; man würde sofort bedient. Die Privatwirtschaft lässt nicht warten.

Würde damit die Wissenschaft verlieren?

K: Ist da kein Mittelweg möglich? Können die Bibliotheken nicht neben privat betriebenen Büchereien bestehen bleiben?

Ö: Das ist das Zwitterwesen, das wir zur Zeit haben. Einerseits haben Sie öffentliche Bibliotheken, wo ungezählte Reichtümer weitgehend ungenutzt bleiben; andererseits teure und schlecht ausgestattete Lesestuben.

Gäbe es keine *unentgeltlichen* Bibliotheken, würden die Lesestuben beträchtlich an Umfang gewinnen; alle Reichtümer der Wissenschaft würden dann dort *nutzbringend* zusammengetragen; bald hätte jeder Wissensbereich seine Spezialbibliothek, wo dem Forscher nichts abgehen würde; wo die wissenschaftlichen und literarischen Schätze der Öffentlichkeit, sobald sie veröffentlicht werden, zugänglich gemacht würden. Der freie Wettbewerb würde diese Einrichtungen gleichzeitig dazu zwingen, ihre Kosten auf das Niedrigstmögliche zu senken.

S: Unwichtig! Die armen Studenten und bedürftigen Gelehrten wären unter diesen Verhältnissen zu bedauern.

Ö: Die Kosten für die Benutzung von Bibliotheken oder Lesestuben stellen noch den kleinsten Teil der Ausbildungskosten dar. Was die armen Gelehrten angeht, arbeiten sie im allgemeinen für einen Bibliotheksbesitzer, der ihre Forschungskosten mit einrechnet. Ein Teil dieser Kosten fällt heute auf den Steuerzahler. Wäre es nicht gerechter, wenn sie vollständig zu Lasten der Buchkäufer gingen? Die würden im übrigen dabei nichts verlieren, denn die Bücher würden gehaltvoller, wenn die Forschungsmöglichkeiten einfacher werden.

Ich habe mir also nicht im geringsten widersprochen, als ich sagte, dass man zum Nutzen der Aufklärung die Bibliotheken schließen sollte. Die Entgeltlosigkeit der Büchereien ist Kommunismus. Und, egal, ob es sich um Wissenschaft oder Gewerbe handelt, Kommunismus ist Barbarei.

Dieser abscheuliche Kommunismus findet sich auch in den Bildungs- und Religionseinrichtungen.

K: Greifen Sie die Universitäten an, so viel Sie wollen, aber ich bitte Sie: achten Sie die Religionsausübung. Die Religion ist unser letzter Anker des Heils.

Ö: Genau im Interesse der Religion muß der Staat aufhören, das Kirchenwesen zu subventionieren.

Ist es gerecht, dass ein Mensch, der keinem Bekenntnis angehört, das vom Staat anerkannt wird, dennoch gezwungen wird, deren Priestern den Lohn zu zahlen? Ist es gerecht, dass man etwas zahlt, das man nicht nutzt? Verdammt nicht die Moral jeder Religion einen solchen Missbrauch, einen solchen Raub? Dennoch wird dieser Raub, dieser Missbrauch täglich zugunsten der *anerkannten* Religionen in Frankreich begangen. Pech für die Steuerzahler, die eine nicht vom Staat anerkannte Religion ausüben!<sup>c</sup>

Glauben Sie, dass diese ins Auge springende Ungerechtigkeit der Religion nützt?

Glauben Sie nicht, dass die Glaubensgemeinschaften besser verwaltet würden, wenn der Staat sie nicht bezuschulte? Glauben Sie nicht, dass die Gottesdienste geistvoller und mit mehr Eifer abgehalten würden, wenn der Staat aufhörte, den Priestern *in jedem Fall* ein Gehalt zu zahlen? Übrigens hat die Erfahrung dies bereits gezeigt. Nirgendwo werden die Gottesdienste besser abgehalten als in den Vereinigten Staaten, wo keine Religionsgemeinschaft Subventionen erhält. Viele erleuchtete Kirchenmänner sind überzeugt, dass dasselbe Vorgehen in Frankreich dieselben Ergebnisse hervorbringen würde.

S: Diese Erfahrung wäre noch zu machen.

Ö: Das heutige Unterrichtswesen ist sogar noch mangelhafter als das Religionswesen. Die Regierung gibt jährlich 17 Mio. an eine Einrichtung, die im Sinne des Staates Unterricht gibt und darüber hinaus einen bestimmenden Einfluß auf alle konkurrierende Unternehmen hat<sup>8</sup>.

---

<sup>c</sup> Es gibt vier anerkannte Bekenntnisse, nämlich: das römisch-katholische Bekenntnis, das protestantische (Augsburger Konfession), das lutherische und die jüdische Religion.

Im alten Staatswesen befand sich der Unterricht, wie alle anderen Wirtschaftszweige auch, in der Hand bestimmter privilegierter Gruppen. Die Revolution zerstörte diese Privilegien. Leider beeilten sich die verfassungsgebende Versammlung und der Konvent, die Einrichtung öffentlicher Schulen auf Kosten des Staats, der Départements oder der Kommunen anzuordnen. Napoleon erweiterte und verschärfte diesen kommunistischen Ansatz noch, als er die Universität gründete.

Die Universität, die so auf die Bräuche des alten Staatswesens aufgepfropft worden war und unter dem eifersüchtigen Auge des Despotismus größer wurde, vermittelt im 19. Jahrhundert Wissen so wie im 15. oder 16. Jahrhundert. Sie widmete sich wie früher dem Unterricht toter Sprachen, ohne sich auch nur im geringsten zu fragen, ob das, was im 16. Jahrhundert nützlich gewesen ist, es auch im 19. sein könnte.

K: Warum denn?

Ö: Ich begreife, dass man im Zeitalter der Renaissance allgemein alte Sprachen lehrte. Da die Völker kaum aus dem Dunkel des Mittelalters heraus waren, waren Wissenschaften und Künste noch wenig verbreitet. Um Wissen, Ideen, Bilder kennenzulernen, mussten sie sich aufmachen, um sich aus dem reichen Speicher der Antike zu bedienen, dessen Reichtum gerade erst zutage trat. Das unumgängliche Werkzeug dafür, sie sich anzueignen, war die Sprache. Ohne Kenntnisse in Griechisch und Latein konnte man nicht lernen, was die Alten bereits wussten.

Im 19. Jahrhundert hat sich die Lage geändert. Alle Ideen und Kenntnisse der Antike sind heute in modernen Sprachen verfügbar. Alles, was die Alten wussten, kann man erlernen, ohne die alten Sprachen zu sprechen. Die modernen Sprachen sind ein Hauptschlüssel, der die Gegenwart wie die Vergangenheit erschließt. Die toten Sprachen ähneln heute den altherwürdigen Maschinen, die man in das Konservatorium der Künste und Handwerke stellt, die aber in der Wirtschaft nicht mehr verwendet werden.

Mir ist bekannt, dass mancher behauptet, dass die Kenntnis der toten Sprachen wesentlich ist, um die lebenden Sprachen zu lernen. Wäre es so, müssten wir dann nicht ein halbes Dutzend alter Sprachen lernen, um Französisch zu verstehen, denn unsere Sprache ist aus Gott weiß wie vielen Bestandteilen zusammengesetzt. Dafür würde ein ganzes Leben nicht ausreichen. Und wie viele Pedanten schreiben im Gymnasium ein flüssiges Latein, aber kennen die französische Rechtschreibung nicht? Voltaire war im Lateinischen sicher schwächer als der Jesuit Patouillet oder der Vater Nonotte<sup>9</sup>. Die toten Sprachen sind Werkzeuge, die das Gehirn unnütz belasten und es oft ganz verstopfen.

K: Was wollen Sie damit sagen?

Ö: Ich sage, dass man den Kindern, wenn man ihnen Griechisch und Latein beibringt, sie verfrüht die Ideen, Gefühle und Leidenschaften zweier Völker lehrt, die zweifellos zu der Zeit, als sie lebten, hochzivilisiert waren, doch heute rechte Barbaren wären. Dies gilt insbesondere in Betreff des moralischen Gefühls. Wenn man die heutigen Kinder dem Griechischen und Lateinischen aussetzt, pflanzt man in ihre Seelen die Vorurteile und Laster einer gerade erst in ihren Umrissen sichtbaren Zivilisation, anstatt ihnen die Kenntnisse und moralischen Begriffe einer fortgeschrittenen Zivilisation beizubringen; man macht aus ihnen kleine, einigermaßen unmoralische Barbaren...

Hätte das Unterrichtswesen dagegen die Wohltat der Freiheit genossen, anstatt aus der abscheulichen Herrschaft des Privilegs unter das noch abscheulichere des kommunistischen Monopols zu kommen, hätte es seit langem das alte Werkzeug der toten Sprachen abgelegt, so wie sich die Gewerbe im freien Wettbewerb der alten Maschinen entledigt haben. Man würde die Kinder das lehren, was sie gebrauchen könnten; man hörte auf, ihnen das beizubringen,

was unnütz oder schädlich wäre. Latein und Griechisch würde in die Hirne der musealen Menschen verbannt, die man die Vielsprachigen nennt.

K: Ich stimme Ihnen zu, dass beträchtliche Reformen im Universitätswesen durchzuführen sind. Es wäre zum Beispiel widerwärtig, wenn man die mit ihnen konkurrierenden Einrichtungen zwänge, ihnen einen jährlichen Betrag zu zahlen; ebenso, wenn man sie daran hinderte, auch ohne irgendeine besondere Erlaubnis ihre Tore zu öffnen, oder sie verpflichtete, dass sie von Angehörigen der Universität überprüft werden müssten. Aber wäre es nicht gut, neben besonderen und im übrigen vollkommen freien Einrichtungen, die Anstalten des Staats und der Kommunen bestehen zu lassen? Würde dieser heilsame Wettbewerb nicht wunderbar zum Fortschritt in der Erziehung beitragen?

Ö: Diese Vorgehensweise wäre dem heutigen Zustand kaum vorzuziehen, und zwar darum:

Die Lehranstalten, die dem Staat und den Kommunen gehören, decken nicht ihre Kosten und sind nicht gehalten, es zu tun. Der Staatsschatz und die Landeskassen sind beauftragt, ihren Verlust zu decken. Die Steuerzahler, ob sie nun Kinder haben oder nicht, tragen einen Teil dieser kommunistischen Erziehung. Nun frage ich Sie: Kann ein privates Gewerbe dauerhaft ankommen gegen Einrichtungen, die zur Hälfte unentgeltlich sind? Diese halbe Kostenlosigkeit ist in Wirklichkeit sehr teuer, sei es wegen des schlechten Unterrichts oder wegen der Höhe seiner Kosten. Aber haben diese staatlichen und kommunalen Anstalten nicht vor allem die Mittel, ihre Preise grenzenlos zu senken? Wurde nicht bereits diskutiert, dass die Erziehung völlig unentgeltlich sein müsste? Damit würde sie in Wirklichkeit am teuersten werden, aber gleichzeitig jeden Wettbewerb unmöglich machen. Würde der Staat beginnen, Tuch freigebig zum *halben Preis* oder *ganz unentgeltlich* wegzugeben, wer würde sich denn noch darum kümmern, Tuch herzustellen? Könnte die freie Tuchindustrie jemals größeren Umfang annehmen, wenn es einen Konkurrenten gäbe, der das Tuch unentgeltlich weggibt?

Die Freiheit des Unterrichts wird solange ein Trugbild sein, bis der Staat, die Départements und die Kommunen völlig und unbedingt damit aufhören, sich in die öffentliche Erziehung einzumischen.

S: Könnten die staatlichen und kommunalen Einrichtungen nicht ebenso wie die private Industrie ihre Kosten decken?

Ö: Sollen sie es doch versuchen! Man schaffe den Bildungshaushalt ab, zwingt die Universitäten und die kommunalen Anstalten, *alle* ihre Kosten zu decken, und wir sprechen uns bald wieder.

K: Aber Sie werden mir wenigstens zugestehen, dass der Staat die Bildungseinrichtungen überwachen muß.

Ö: Darin sehe ich keinen Nachteil. Doch ich denke, dass eine staatliche Überwachung in einem wirklichen freien Erziehungswesen bald sinnlos würde.

Was heute die Bildungsanstalten daran hindert, in den beiden Punkten Güte und Preis besser zu werden, ist die unsichere Lage, in die sie der *ungleiche* Wettbewerb der Universität stürzt. Die Freiheit gäbe ihnen Dauerhaftigkeit. Dann könnte sich die Ausbildung in riesigem Umfang ausbreiten und entwickeln, so wie es jedes Gewerbe tut, dessen Zukunft gesichert ist. Die Schuldirektoren würden der Öffentlichkeit die Türen öffnen, weil sie daran interessiert wären, die Fortschritte bekannt zu machen, die in ihren Anstalten gemacht wurden. Die Eltern könnten damit selber die Güte der materiellen, geistigen und moralischen Nahrung beurteilen, die man ihren Kindern zukommen lässt. Ich denke, dass diese Überwachung die der Inspektoren der Universität leicht ersetzen wird.

S: Diese *Bekanntmachung der öffentlichen Erziehung* gefällt mir nicht schlecht; aber noch einmal: Glauben Sie, dass private Unternehmen alle Belange der Erziehung decken könnten?

Ö: Verlassen Sie sich dabei ganz auf Angebot und Nachfrage. Sobald ein bestimmter Unterrichtswunsch wirklich deutlich wird, besteht das Interesse, ihn zu befriedigen. Unter diesen Verhältnissen würden die Lehreinrichtungen, die heute von den Behinderungen des alles reglementierenden Systems völlig gegängelt werden, nicht zögern, den angemessenen Umfang anzunehmen. Der Unterricht wäre besser und billiger, mithin weiter verbreitet. Schließlich wäre er gerecht verteilt. Der Arme zahlte nicht mehr die Kosten für die Erziehung der Kinder des Reichen, der Junggeselle zahlte keine Steuern mehr zum Nutzen des Verheirateten. Die Produktion wäre reichlicher, die Verteilung gerechter. Was können Sie mehr fordern?

---

<sup>1</sup> Auf die damals zeitgemäße, aber falsche Arbeitswerttheorie wurde schon hingewiesen. Es reicht aber, zu sagen, dass Gold aufgrund der Wertschätzung der Marktteilnehmer einen bestimmten Tauschwert hat.

<sup>2</sup> Die Bezeichnungen Taler und Dollar kommen z.B. von dem „Joachimstaler“, einer Münze die privat in Joachimstal (Böhmen) geprägt wurde und wegen ihrer Qualität zum Wertstandard und schließlich zur allgemeinen Bezeichnung für Münzen wurde.

<sup>3</sup> Einrichtung, mit der sich die Regierungen „die politischen Vorteile der Reichsposten zunutze machten“ (Brockhaus 1956, Bd. 9, S. 339), seit auch private Briefe zur Beförderung zugelassen waren (16. Jhd.). In Frankreich richtete Ludwig XV. für die Öffnung der Post ein separates Amt, das ‚Cabinet du secret des postes‘, im Volksmund ‚Cabinet noir‘ genannt, ein. Es wurde während und nach der Revolution weiter genutzt. Auch nach Abschaffung der ‚schwarzen Kabinette‘ haben sich die Regierungen vorbehalten, Briefschaften im Bedarfsfall zu öffnen.

<sup>4</sup> Hauptfigur ist der Steuerpächter des gleichnamigen Theaterstücks (1709), einer der bekanntesten franz. Komödien des 18. Jhd., von Le Sage (1668-1747).

<sup>5</sup> Richard Lovelace (1618-1657), englischer „Soldat, Gentleman und Liebhaber“.

<sup>6</sup> Parallelen zu den Zwangsgebühren der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) für die öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen auf Fernseher, Radios und Computer oder Zwangsabgaben an die GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte) auf Kassetten, CDs und andere Tonträger sind nicht zu übersehen und nicht zufällig.

<sup>7</sup> Der Begriff „Spekulation“ (von lat. speculari – spähen) ist hier in seiner ganzen Spannweite zu nehmen: Als Aufstellung von Annahmen, als Forschung, als Risikobereitschaft, als Gewinnstreben.

<sup>8</sup> D.h. die Schulbürokratie kann private Unterrichtsinstitutionen nach belieben gängeln oder schließen.

<sup>9</sup> Die beiden Jesuiten hatten Voltaire wegen seiner Empfehlung angegriffen, die Jesuiten in Frankreich zu verbieten; Voltaire klagte dagegen ihren Fanatismus an.